Herr Meeser nimmt kurz Stellung. Ungeachtet der Ausführungen in der Verwaltungsvorlage hätte er gerne konkret für bestimmte Maßnahmen eine Wirtschaftlichkeitsberechnung – entweder statisch oder dynamisch. So hätte er beispielsweise Finanzierungsalternativen in den Wirtschaftlichkeitsberechnungen nachgewiesen. Halte man sich nur an statische Berechnungen, komme man u.U. durch den Zeitfaktor zum falschen Ergebnis.

Der Kämmerer schildert die Entscheidungsfindung innerhalb der Verwaltung und der Politik nach Vorlage der haushalterischen Voraussetzungen. So werde die Wirtschaftlichkeit im Vorfeld von Entscheidungen stets mit berücksichtigt.

Herr Meeser stellt klar, dass sein Antrag sich auf die konkret vorzunehmende Investition bezieht.

Der Bürgermeister geht auf die internen Entscheidungsprozesse ein. Was letztendlich der Vergabekommission vorgelegt werde, sei vorab intern ausführlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geprüft wurde. Dies aber nochmals speziell aufzubereiten, sei hoher Aufwand. Vorsichtig formuliert, vermute er aber auch ein wenig, dass der Verwaltung „nicht zugetraut“ werde, die Vorarbeiten ordentlich auszuführen. Dynamische Wirtschaftlichkeitsberechnungen könnten aber auch nur dann vorgenommen werden, wenn alle Parameter konkret vorlägen. Dies sei erfahrungsgemäß aber auch nicht immer der Fall.

Herr Sonntag verweist auf den Aufwand. Beziehe man das, wie beantragt, auf jede Investition sei der Aufwand nicht zu leisten. Als Beispiel nennt er die vielen Einzelmaßnahmen im Zusammenhang mit einem Großprojekt wie dem NWZ.

Frau Hartmann schlägt vor, die Berechnungen für die Maßnahmen vorzunehmen, die „vorlagenrelevant“ seien.

Herr Langer regt an, das Vorgehen an die Wertgrenzen der Zuständigkeitsordnung zu koppeln. So habe das für die Entscheidung zuständige Gremium bei Bedarf das Recht, die Wirtschaftlichkeitsberechtigung zu verlangen.

Herr Sterzenbach verweist u.a. auf die Vergabeverfahren. Über die Ausschreibung der Gewerke eines Projektes wie beispielsweise des Jugendcafés erhalte man den Nachweis, dass man wirtschaftlich eine Bauleistung eingekauft habe. Damit habe man aber nicht belegt, ob die Gesamtmaßnahme wirtschaftlich sei – z.B. unter Betrachtung der Folgekosten. Somit würde jede Investition u.U. mehrere Beschlussvorlagen erfordern.

Herr Gräf erklärt, dass es einfach um mehr Transparenz gehe. Ohne ein großes Zahlenwerk erstellen zu müssen, sei es schon hilfreich aufzuzeigen, warum eine Entscheidung der wirtschaftlichste Weg sei.

Der Bürgermeister lässt über den BfE-Antrag abstimmen.